

Grün-Rot soll Flüchtlingen mehr helfen

Bleiberecht Die Verbände fordern vom Land ein neues Bleiberecht als Signal. *Von Mathias Bury*

Vor der Konferenz der Landesinnenminister fordern die Flüchtlingsverbände im Land ein neues Bleiberecht. Man brauche eine Regelung, „die an humanitären Kriterien ausgerichtet ist“, sagt Angelika von Loeper, Vorsitzende des Flüchtlingsrates Baden-Württemberg. Die Perspektivlosigkeit mache viele der nur geduldeten Flüchtlinge krank, sagt Jama Maqsudi von der AG Dritte Welt Stuttgart.

Razau Ahmad Rashid ist mit ihrer Familie 2003 aus dem Irak geflohen. Zwei Jahre war ihr Sohn damals alt, heute geht er in Stuttgart zur Schule. Vor zweieinhalb Jahren wurde ihre Tochter hier geboren. Angekommen ist die Familie längst nicht. „Wir werden immer vertröstet“, klagt die 31-Jährige in gebrochenem Deutsch. Familie Ahmad Rashid aus Kirkuk gehört zu den rund 9450 nur geduldeten Flüchtlingen im Land. Ihr Asylantrag wurde abgelehnt, abgeschoben werden sie wegen der Verhältnisse in ihrer alten Heimat aber nicht. So vergeht Jahr um Jahr, ohne dass sich an ihrer instabilen Lage etwas ändert. So haben Geduldete keinen Anspruch auf Integrationsleistungen wie Sprachkurse. Das schränkt ihre



Foto: factum/Granville

**„Wir warten
seit Jahren
und werden
immer nur
vertröstet.“**

Razau Ahmad
Rashid aus dem Irak

Chancen auf eine Arbeit stark ein. Um aber eine Aufenthaltserlaubnis zu erhalten, müssen sie nachweisen, dass sie ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten.

Razau Ahmad Rashid hat es als Zimmermädchen versucht, ihr Mann als Kellner, beide haben ihre Stelle wieder verloren. „Wenn man alle drei Monate die Duldung verlängern muss, ist das für einen Arbeitgeber schwierig“, sagt Jama Maqsudi. Die Folge der bisherigen Regelung, die für Tausende Betroffene mit der Bedrohung durch Abschiebung verbunden ist: „Die psychischen Probleme nehmen zu, bei den Männern die Alkoholprobleme“, sagt Maqsudi.

Deshalb fordern der Paritätische Wohlfahrtsverband und der Flüchtlingsrat des Landes sowie die AG Dritte Welt Stuttgart, dass sich die neue Landesregierung für eine neue Bleiberechtsregelung starkmacht, wie im Koalitionsvertrag angekündigt. „Kettenduldungen darf es nicht mehr geben“, fordert Marlene Seckler vom Paritätischen Wohlfahrtsverband. Die bisherige Stichtagsregelung müsse abgeschafft, die hohen Hürden für die Gewährung des Aufenthaltsrechts gesenkt werden. Anders als etwa Rheinland-Pfalz habe das Land in dieser Frage aber noch keine Initiative vorgelegt, monieren die Verbände.